

## Antrag

der Abgeordneten **Ing. Mag. Teufel, Landbauer, MA, Königsberger, Aigner, Dorner, Handler, Vesna Schuster** gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **Versorgungssicherheit mit Medikamenten, insbesondere Antibiotika, in Niederösterreich sicherstellen**

Auf der offiziellen Seite der österreichischen Gesundheitsagentur AGES (<https://medicineshortage.basg.gv.at/> - abgerufen am 22.09.2022) werden aktuell 420 Medikamente genannt, welche entweder nur eingeschränkt oder nicht verfügbar sind. Darunter fallen einerseits Medikamente, die leichter substituierbar sind, andererseits aber auch welche gegen bspw. chronische Erkrankungen, auf welche Patienten „eingestellt“ werden und die schwer oder gar nicht durch andere Medikamente ersetzt werden können.

Diese Liste wird neuerdings immer länger. Dies liegt vor allem daran, dass die Medikamente in Billiglohnländern wie China produziert werden und es hier vermehrt zu Qualitätsmängeln und anderen Problemen kommt und somit die Produktion teilweise gestoppt werden muss.

Ein weiteres Problem sind unternehmensrechtliche oder rein technische Zusammenschlüsse von Pharmaunternehmen. Dadurch werden einzelne Wirkstoffe oftmals nur an einem Ort hergestellt. Fällt die Produktion an diesem Ort aus, so kann der Weltmarkt nicht beliefert werden – hier kommt es in weiterer Folge zu Engpässen.

Die FPÖ forderte bereits im Zuge des ersten Corona-Chaos 2020 eine Rückverlagerung der Produktion von Medikamenten nach Österreich (OTS vom 18. Mai 2020). Diese Forderung wurde seitens der Bundesregierung in Gestalt der Bundesminister für Gesundheit Anschober, Mückstein und Rauch, aber auch von Seiten der auf niederösterreichischer Landesebene zuständigen Landesräte Königsberger-Ludwig (Gesundheitswesen) und Pernkopf (Krankenanstalten und Gesundheitsagentur) bis dato allerdings nicht weiterverfolgt.

Es ist jedoch eines modernen Industrielandes wie Niederösterreich unwürdig, dass für seine Landesbürger keine ausreichende Versorgung mit Medikamenten – hier insbesondere mit Antibiotika – gewährleistet werden kann.

Die Gefertigten stellen daher den

**Antrag:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung, insbesondere die zuständigen Landesräte Dr. Pernkopf und Königsberger-Ludwig, werden aufgefordert, im eigenen Wirkungsbereich für eine lückenlose Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten zu sorgen. Darüber hinaus möge sich die Landesregierung bei der Bundesregierung, insbesondere beim zuständigen Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, ebenfalls für eine lückenlose Versorgung mit Medikamenten einsetzen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Sozial-Ausschuss zuzuweisen.